

o.
o.222 V.N. 2

L 10. Jan. 79 12

o.743.30 - LY/mg

Bern, den 5. Januar 1979

o.743.32

HCR-Konferenz betreffend Flüchtlinge aus Vietnam

Am 11. und 12. Dezember fand in Genf eine vom UN-Hochkommissar für das Flüchtlingswesen, Poul Hartling, eigens zur Erörterung der Probleme, die der Flüchtlingsstrom aus Vietnam und insbesondere die sogenannten Bootsleute (Boat peoples) dem Hochkommissariat zusätzlich bescheren, einberufene Sondersitzung statt. Daran liessen sich drei Dutzend Länder, einige UN-Spezialorganisationen, das IKRK sowie ein paar wichtige internationale Hilfswerke vertreten.

Der schweizerischen Delegation gehörten an: Dr. Schürch, Direktor der Eidg. Polizeiabteilung (Delegationschef am ersten Tag), Botschafter Exchaquet (Delegationschef am zweiten Tag), sowie die Herren Chapatte (Eidg. Polizeiabteilung), von Graffenried (Polit. Direktion III), Robert (Ständige Mission bei den UN-Organisationen in Genf) und der Unterzeichnende (Abt. für humanitäre Hilfe der DEH im EPD).

Vietnam hatte ursprünglich seine Teilnahme zugesagt, dann wieder zurückgezogen, sich im letzten Moment aber nochmals eines andern besonnen und eine Delegation unter dem Vorsitz seines Botschafters in Frankreich abgeordnet. Durch dieses geschickte Taktieren, durch dieses "sich bitten lassen", wurden die vietnamesischen Vertreter in Genf gewissermassen zu den Stars der Sondersession, einzelne Delegierte und die Vertreter der Massenmedien rissen sich geradezu um sie.

Die zweitägige Debatte verlief ohne Polemik, man gab sich sichtlich Mühe, sachlich zu bleiben.

../..

Hochkommissar Hartling wies in seiner Begrüßungsansprache auf die Probleme hin, mit denen sich das HCR unmittelbar konfrontiert sieht und deren wichtigstes im Augenblick in einer möglichst kurzfristigen Plazierung von 50'000 zum Teil in Booten angerückten Vietnamflüchtlingen besteht, deren Zahl vermutlich rasch weiter ansteigen wird. Die 2'500 Flüchtlinge der "Hai Hong" konnten inzwischen in Drittländern untergebracht werden, aber man darf sich schon fragen, weshalb auf eine "Hai Hong" gewartet werden musste, bis sich eine weltweite Sensibilisierung einstellte. Der Hochkommissar bedauerte feststellen zu müssen, dass die internationale Reaktion auf die zahlreichen Appelle des HCR stets weit hinter dem zurückgeblieben sind, was zur Meisterung der jeweiligen Lage erforderlich gewesen wäre.

Die Vertreter zahlreicher Länder äusserten sich zum Problem der "Boat people" und erklärten die Bereitschaft ihrer Regierung, zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen oder dem HCR mit finanziellen Sonderzuwendungen unter die Arme zu greifen. Einige Delegierte, worunter namentlich solche nordischer Staaten, erklärten, dass sich die Aufnahmekapazität ihrer Länder allmählich erschöpfe. Es sind in der Regel denn auch diese Länder, welche die höchsten finanziellen Beiträge an das HCR leisten, sodass man in der Annahme wohl kaum fehl geht, dass sie sich dadurch von weiteren Aufnahmeverpflichtungen loskaufen wollen. (Am Rande war von der belgischen Delegation zu vernehmen, dass man mit vietnamesischen Flüchtlingen insofern schlechte Erfahrungen gemacht habe, als unter den aufgenommenen "Damen" gerade die sprachkundigsten der Prostitution in Belgien Auftrieb verliehen und damit neue Probleme [Aerger mit Einheimischen wegen preisdrückender Konkurrenz!] geschaffen hätten.)

Das erklärte Hauptanliegen des HCR ist und bleibt aber die längerfristige bis dauernde Unterbringung der Flüchtlinge in Drittländern. Mit finanzieller Unterstützung allein ist das Problem nicht gelöst, weil sich die Länder im ost- und südostasiatischen

- 3 -

Raum zusehends stärker dagegen sträuben, Lager für Flüchtlinge bereitzustellen, von denen sie nicht wissen, wie lange sie sie zu beherbergen haben werden. Weiter war von HCR zu vernehmen, dass der Unterhalt eines Transitflüchtlings beispielsweise in Hongkong ein mehrfaches dessen kostet, was für einen Flüchtling in einem bereits bestehenden Lager in Thailand aufzubringen ist (bis gegen 7.- US\$ täglich dort, gegen 70 Dollarcents hier).

Herr Direktor Schlüsli konnte namens seiner Delegation die Bereitschaft der schweizerischen Regierung bekanntgeben, einem Sonderkontingent von 300 Vietnamflüchtlingen unverzüglich Aufnahme in der Schweiz zu gewähren und darüber hinaus dem HCR aus dem Rahmenkredit für humanitäre Hilfe einen zusätzlichen Beitrag in der Höhe von einer halben Million Franken an sein Nothilfeprogramm zu Gunsten der "Boat people" zur Verfügung zu stellen. Diese Ankündigung wurde vom Vorsitzenden wärmstens verdankt.

Aufgefallen sind die Erklärungen des italienischen und des israelischen Delegierten, weil sie ausser einer gewundenen Betsung, dass der Hilfsappell des HCR bei ihren resp. Regierungen gewiss nicht ungehört verhallen würde, nichts konkretes anzubieten hatten.

Kritisiert wurde von mehreren Delegierten, dass an der heutigen Tagung in Genf nur rund ein Fünftel der UNO-Mitgliedstaaten vertreten sei. In der Tat waren der Ostblock, die OPEC-Staaten, Afrika und Lateinamerika, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, nicht vertreten, eine Absenz, die bei den Ostblockstaaten sogar eine totale war. Wiederholt wurde in deutlichen Worten der Meinung Ausdruck verliehen, dass auch Länder, die sich bisher des Problemes nicht angenommen haben, zur Aufnahme von Flüchtlingen gebracht werden sollten.

..//..

Die Vertreter der von der Flüchtlingswelle aus Vietnam am meisten betroffenen Länder (Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen) wiesen auf deren wirtschaftliche Schwäche hin, die es ihnen nicht gestatte, ein mehreres zu tun. Namentlich der Delegierte Malaysias ventilerte die Idee, noch nicht untergebrachte und neu ankommende Flüchtlinge auf einer Insel im Pazifik (Guam?) anzusiedeln, wozu vorher allerdings die Infrastruktur geschaffen werden müsste.

Diese in die Diskussion geworfene neue Idee stiess auf lebhaftes Interesse, weil sie die auf die Dauer vermutlich am wenigsten Kosten verursachende Lösung des Problems brächte. Hintergründig, wenn auch vor dem Plenum, unausgesprochen, dürfte dabei die sehr wichtige Ueberlegung mitgespielt haben, dass bei der Aussicht, nicht mehr in New York, Paris oder Brüssel, sondern auf einer Pazifikinsel zu landen und dort unter seinesgleichen bleiben zu müssen, das Verlassen Vietnams für viele, namentlich auch für die dem Ältesten Gewerbe Zuneigenden, an Attraktivität schlagartig verlieren und der Flüchtlingsstrom infolgedessen wahrscheinlich schnell und stark abklingen würde.

Der Delegierte Vietnams stellte (natürlich aus seiner Sicht) fest, dass die Leute, die ihrer Heimat den Rücken kehren, dies vorwiegend aus wirtschaftlichen Gründen tun. Sein Land sei durch den jahrzehntelangen Befreiungskrieg verarmt und die neuesten Ueberschwemmungen hätten die Not noch vergrössert. Zudem habe Vietnam für eine sehr hohe, ständig zunehmende Zahl von politischen Flüchtlingen aus Kambodscha zu sorgen. Logisch der daran anschliessende Aufruf, die internationale Hilfe an Vietnam massiv zu erhöhen, was implizite auch eine Abchwächung des hier zur Diskussion stehenden Exodus nach sich zöge.

Am zweiten Tag kam namentlich noch die Rettung von sich auf hoher See in Not befindenden Flüchtlingen durch vorbeifahrende Schiffe zur Sprache. Direkt wurde zwar keinem seefahrenden Land der Vorwurf gemacht, solche Flüchtlinge im Stich gelassen

zu haben, doch wurde männiglich bei der Diskussion dieses Punktes unweigerlich an Pressemeldungen erinnert, wonach Schiffskapitäne mitleidslos an hilfesuchenden "Boat people" vorbeifahren sind. Mehrere Delegierte erklärten, dass die Kapitäne ihrer Schiffe Befehl hätten, solche Leute in jedem Fall aufzunehmen.

Botschafter Exchaquet gab an dieser Stelle eine prägnante, improvisierte Erklärung ab, die auf grosses Interesse stiess (die absolute Stille im Saal bewies es) und einige Delegierte zum erstenmal mit der "Neuigkeit" konfrontiert haben dürfte, dass auch das kleine Binnenland Schweiz über eine eigene Hochseeflotte verfügt.

Botschafter Excaquet stellte fest, dass Schiffe in schweizerischem Eigentum, selbst wenn sie unter fremder Flagge fahren, Hilfesuchende immer aufnehmen. Sofern es sich bei den Geretteten um Flüchtlinge ohne Destination handelt, finden sie anschliessend Unterkunft in der Schweiz, dies in strikter Befolgung der entsprechenden internationalen Vereinbarungen. Zur Illustration dessen erwähnte unser Delegationschef jenen unter liberianischer Flagge fahrenden Schweizer Frachter, der unlängst auf hoher See drei Dutzend "Boat people" aufgenommen hat, die, eben weil es sich um ein Schiff in schweizerischem Besitz handelte, hernach problemlos in die Schweiz genommen werden konnten.

UN-Hochkommissar Hartling fand an dieser konzisen Erklärung sichtbar Gefallen.

Mit der weitaus grössten Delegation, angeführt von der Nummer drei im Staatsdepartement, waren die Amerikaner angerückt. Ihr gehörten auch einige Mitglieder des Repräsentantenhauses an. Wenn solche das Wort ergriffen, wurde man gegebenenfalls einleitend jeweils darüber belehrt, ob sie zur Opposition in Washington gehören oder zumindest einen von der Regierungspolitik abweichenden

- 6 -

Hurs verfolgen. Dieses Ausbreiten innenpolitischer Querelen und "facts" vor einem solch internationalen Gremium und in einem solchen Zusammenhang wurde durchaus nicht von allen Anwesenden goutiert.

Hochkommissar Hartling konnte sich in seinem Schlussvotum vom Verlauf und den Resultaten der Sondersession zu Recht befriedigt erklären: Sie hatten eine Standortbestimmung erlaubt, einige nicht uninteressante neue Ideen (vor allem diejenige der künftigen Ansiedlung von Vietnamflüchtlingen auf einer dafür herzurichtenden Pazifikinsel) vermittelt und namentlich konkrete Zusagen hinsichtlich sofortiger oder weiterer ausserordentlicher Hilfeleistungen gebracht, die dem HCR die Planung sicher erleichtern werden und auf die es sich nötigenfalls wird berufen können, letzteres insbesondere in Bezug auf die Rettungsaktionen von "Boat people" auf hoher See mit anschliessender Asylgewährung durch die Länder, denen die "Rettungsschiffe" gehören. Im weiteren dürften die gefallenen Voten dem Hochkommissar eine Handhabe bieten, um auch Länder, die in Genf nicht vertreten waren aber der UNO angehören, zur Aufnahme von Flüchtlingen oder zumindest zur Leistung von Beiträgen in finanzieller oder anderer Form anzugehen.

Die Einberufung dieser Sondersession darf somit als gelungene Initiative des Hochkommissars betrachtet werden, die zudem in einem Moment erfolgte, der psychologisch kaum geschickter hätte gewählt werden können. Fazit: Obwohl auf bloss zwei Tage angelegt, lag etwas drin.

(Fd. Lüthi)